



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 28. Oktober 2010 in Dornach im „Engelsaal“ des Rest. Engel, Beginn 19.30 – 21.45 Uhr

Stimmberechtigte im Saal:	69, gemäss Mandatskontrolle
Absolutes Mehr:	35
Gäste:	2 (Cédric Wermuth und Peter Brudermann)

Entschuldigt: Sektion Wangen (Pascale Haussener), Philipp Hadorn, Katrin Leuenberger, Fabian Müller, Max Schmid, Fabian Blöchlinger, Ruza Brzovic, Benjamin Patzen, Lea Wormser, Hans Rudolf Ingold

StimmzählerInnen:	Erna Wenger Max Bitterli Stephan von Büren
-------------------	--------------------------------------------------

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Wahlen Stimmzähler
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 19. August 2010
5. Initiative der SP zur Prämienverbilligung im Kanton Solothurn
Referat von Anna Rüefli, Kantonsrätin aus Solothurn
6. Ausschaffungsinitiative der SVP und Gegenvorschlag des Parlaments
Referat von Bea Heim, Nationalrätin aus Starrkirch-Will
Befürworterin des Gegenvorschlags und Gegnerin der Initiative
Referat von Cédric Wermuth, Vizepräsident der SP Schweiz
Gegner der Initiative und des Gegenvorschlags
7. Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz
Referat von Susanne Schaffner, Kantonsrätin aus Olten
8. Varia

Kantonaler Parteitag

1. Eröffnung des Parteitages durch Vizepräsidentin Franziska Roth

Wir sind heute Gast der Ortssektion Dornach.

René Umher, SP-Sektionspräsident von Dornach

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Genossinnen und Genossen

Ein weiteres Mal in meiner noch jungen fünf jähriger Karriere als Präsident der Ortssektion Dornach darf ich sie im Namen unserer Ortspartei hier im Restaurant Engel zum heutigen kantonalen Parteitag recht herzlich willkommen heissen. Ich hoffe dass für alle die Anfahrt zu uns ins Schwarzbubenland angenehm war. Warum dass heute so viele Genossinnen und Genossen den Weg nach Dornach gefunden haben, entzieht sich meinen Kenntnissen, aber erfreuen tun wir uns darüber alleweil. Bei früheren Parteitagen in Dornach war dies nicht so. Es ist wunderbar in einem gefüllten Saal als Ortsparteipräsident alle Genossinnen und Genossen aus dem Kanton begrüßen zu dürfen. Diese Tatsache ist ein gutes Zeichen und wir brauchen klare Zeichen dass wir bereit sind für einen Aufbruch und bereit sind die anstehenden Aufgaben in Angriff zu nehmen.

Nach den Wahlen ist ja bekanntlich vor den Wahlen. Genau solch klare Zeichen hat der Gemeinderat von Dornach, aufgrund Anträgen und Initiativen der SP Gemeinderäte Patrick Meier und meiner Wenigkeit, am vergangenen Montag gegen aussen gesetzt. So unterstützt die Gemeinde in den nächsten 3 Jahren die ersten 50 Solardächer, welche vom Kanton subventioniert werden, mit weiteren Fr. 1'000.00. Dieses Begehren geht auf eine Petition zurück, welche die Partei anlässlich des Gemeinderatswahlkampfes lanciert hat. Dieses Versprechen haben demzufolge einlösen können.

Ein anderes wichtiges Anliegen befasst sich mit dem Thema Energiestadt. Es geht nicht darum lediglich auf dem Wappen ein Label zu bekommen, sondern, dass alle Berichten der Gemeinde (z.B. kommunale Gebäude und Anlagen, Mobilität, Entwicklungsplanung und Raumordnung) auf ihre Nachhaltigkeit zu durchleuchten. Besonders lobenswerte Projekte aufzuzeigen, sowie die Energiepolitik der Gemeinde zu strukturieren, wie auch zu koordinieren. Einen entsprechenden Betrag ist budgetiert und im Jahr 2011 den entsprechenden Antrag eingereicht werden – wir bleiben dran.

Unser dritter Antrag war so formuliert, dass sich die Gemeinde ab 2011 verpflichtet, kein Atomstrom mehr zu beziehen und ihren Energiebedarf nur noch aus 100% erneuerbaren Energiequellen bezogen werden darf. Dieses Begehren hat ebenfalls eine knappe Mehrheit erreicht und wurde mit 5 . 4 Stimmen gutgeheissen. Für die Gemeinde resultieren damit Mehrkosten von Fr. 23'500.00.

Damit setzen wir auf kommunaler Ebene bereits die Ziele der SP Cleantech-Initiative um, nämlich den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Wie die Reaktionen der bürgerlichen Mitglieder ausgefallen sind, muss hier nicht erwähnt werden, obschon sie eigentlich - da bin ich mir sicher – dieses Gedankengut ebenfalls in sich tragen, aber einfach nicht über ihren Schatten springen können und mit uns nicht an einem Seil ziehen wollen. Das ist schade, denn es geht hier lediglich um die Sache und ist ein guter Dienst an unseren Nachkommen.

Bei all diesen Anträgen haben wir unsere Finanzen natürlich nicht aus den Augen gelassen, schliesslich geht um die Steuergelder unserer Einwohnerinnen und Einwohner. In Dornach tätigen wir Investitionen von Fr. 4,8 Mio., zahlen einen Teuerungsausgleich von 0,7% (wird jedes Jahr vom Kanton übernommen), können die Steuern um 2% Punkte senken und weisen trotzdem ein ausgeglichenes Budget auf. Demzufolge kann uns niemand vorwerfen, dass wir

Kantonaler Parteitag

unsere finanziellen Mittel zum Fenster hinaus werfen. Wir konnten damit klare Zeichen setzen.

Die Werbung in eigener Sache ist damit abgeschlossen. Ich wünsche allen einen interessanten, unterhaltsamen Parteitag und im Anschluss eine gute und unfallfreie Heimfahrt

Eröffnungsrede der Parteivizepräsidentin Franziska Roth

Liebe Genossinnen und Genossen

Kürzlich fragte mich eine Kollegin, die einem Streitgespräch über Sinn und Unsinn der Cleantech-Initiative mit einem bürgerlichen Kantonsratskollegen zugehört hat, warum ich eigentlich nicht bei den Grünen sei?

Wie aus der Hüfte geschossen und im Nachhinein selber baff ob meinen Worten erwiderte ich: weil mir der Mensch näher ist, als der Baum! Ui, dieser Blick und diese nonverbale Attacke meiner Kollegin hätte ich nicht erwartet. Herrgott noch mal Rosso, hast du da wieder nicht gewusst, was du denkst, bevor du gehört hast, was du sagst? Ja, das ist mir schon ab und zu passiert, dass ich nicht nur rede wie mein Schnabel gewachsen ist, sondern auch noch schneller als lucky lucks schatten schiesst...ist ja grundsätzlich nicht schlimm und kommt in den besten Politfamilien vor. Es fragt sich einfach nur, was bewirke ich da, als SP frau im Amt einer Kantonsrätin oder Vizepräsidentin? da kommt mir dieser herrliche Witz in den Sinn: Bei der Parlamentssitzung bezeichnet ein Politiker die Hälfte der Anwesenden als "Trottel." Der darauf folgende Redner verlangt eine Entschuldigung des Fehlbaren. Dieser tritt erneut auf und sagt:"Ok, ich nehme es zurück: Die Hälfte der hier Anwesenden sind keine „Trottel." Dass ich mich mit Kraftausdrücken zurückhalten muss, das weiß ich, ich weiß aber auch, dass Kraft meines Ausdruckes Zurückhaltung nicht sein muss. Keine Angst, ich mache jetzt nicht eine Abhandlung über Christian Levrat's Verhalten gegenüber Fulvio Pelli. Aber ein paar Worte zum Begriff Respekt und Sachpolitik brennen mir auf meinen roten Lippen schon: Wenn man sich angelogen fühlt darf man das sagen, auch in der Politik! Wenn man sich an einem klaren, abgekarteten Rechtsrutsch der Parlamentstühle im Bundesrat durch deren „Be- Sitzer“ stößt, so muss man das aufs Tapet bringen, erst recht als linker Politiker. Ich erwarte von den „roten Lippen“ eines Parteipräsidenten, dass sie sagen was Sache ist. Und Genossinnen und Genossen, wir von der Basis können mit unseren roten Lippen mehr ausrichten als bloße Lippenbekenntnisse. Das Selbstvertrauen der SP nach den Wahlen 07 ist in voller Stärke wieder da! Mit der Steuergerechtigkeitsinitiative zeigen wir den Abzockern unter den Kantonen die Rote Karte. Umfragen der Sonntagzeitung gehen von einer Annahme der Initiative aus. Wie heisst es so schön, „Wenn man einen Bänggu in die Herde wirft, schreit das Schaf, das getroffen wird“. Die Zentralschweizer Regierungsräte schreien besonders laut! Es geht nicht an, dass einzelne Kantone Gelder aus dem Finanzausgleich nutzen, um Steuergeschenke an Superreiche zu machen. Dieser Kampf «Jeder gegen jeden» ist weder fair noch solidarisch, da Kantone mit grossen Zentrumsaufgaben sich diese "Spiele" nicht leisten können. Kantonsrätin Susanne Schaffner wird uns heute Abend aufzeigen wieso, und ich bin zuversichtlich, dass ihre roten Lippen uns weitere Argumente für den Abstimmungskampf liefern.

Sag doch einfach „Themawechsel!“

Wenn ich jetzt folgendes aufzähle, bin ich gespannt, ob ihr erraten würdet, wann und wo diese Befehle zu welchem Zweck verfasst wurden:

- Während der Dauer ihrer Anstellung dürfen sie sich nicht verheiraten.
- Von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr halten sie sich zu Hause auf, ausser wenn sie an einem Anlass teilnehmen.
- Sie dürfen sich nicht in den Eisdielen der Innenstadt herumtreiben.

Kantonaler Parteitag

- Sie dürfen sich nicht über die Stadtgrenzen hinausbegeben, ohne dafür eine Bewilligung des Vorstehers zu haben.
- Sie dürfen keine Zigaretten rauchen.
- Sie dürfen keine Kleider in hellen Farben tragen.

Ja liebe Genossinnen und Genossen, das war der Verhaltenskodex der Lehrerinnen in der Stadt Zürich!! Diese Imperative sind gerade mal 90 Jahre alt. Heute gelten sie als unmöglich! Ihr fragt euch sicher, was ich mit diesem Link hier andeuten will! Ich erkläre mich: Rechtliche Ungleichheiten hat es schon immer gegeben und wird es auch immer wieder geben. Ich versuche einfach aufzuzeigen, dass sich ein Kampf dagegen lohnt, auch wenn man ab und zu ob dem Lanzen brechen für Minderheiten für einen Moment wieder ohne Waffe dasteht. Rechtliche Ungleichbehandlungen von Menschen gilt es mit aller Kraft zu bekämpfen, egal welchen Inhaltes sie sind. Und wenn es nötig ist, nimmt man halt mehrere Anläufe. Hier erlaube ich mir den Vergleich der Gleichbehandlung der Migrantinnen und Migranten mit dem Kampf für die Gleichberechtigung der Frau, die übrigens rund um einen gewissen René Kuhn und seine Interessengemeinschaft Antifeminismus erneut bekämpft wird. Liebe Genossinnen und Genossen, die Frauenrechtsbewegung begann in der Schweiz mit der französischen Revolution 1789. 1848 wurde die Rechtsgleichheit aller Menschen in der Bundesverfassung niedergeschrieben und dennoch dauerte der Kampf der Frauen weitere 150 Jahre bis auch der letzte Kanton, Appenzell Innerrhoden, 1990 endlich vor Bundesgericht kapitulieren musste. Die Gegner des Frauenstimmrechts behaupteten damals, dies sei eine aus dem Ausland importierte Idee und bedrohe den inneren Frieden der Schweiz. Hätte die SP damals den Kampf der BGB, der heutigen SVP ignoriert, hätten wir nicht immer und immer wieder uns eingebracht, ich dürfte heute nicht hier stehen und als Vizepräsidentin resp. Kantonsrätin zu euch reden! Genauso wie sich der Kampf ums Stimm- und Wahlrecht für die Frauen für die Schweiz ausbezahlt hat, lohnt es sich für eine Völkerrechts konforme Schweiz einzusetzen. Die Schweiz ist auf die Menschen aus dem Ausland angewiesen. Unsere Spitäler und die Wirtschaft würden ohne sie kollabieren. Zollen wir unseren Respekt all denen, die einen guten Job leisten und sich anständig benehmen und zeigen wir Sachpolitik indem wir dafür kämpfen, dass die Schweiz nicht wegen Fehlbaren Menschen gegen das Völkerrecht verstossen. Oft höre ich in Diskussionen, dass Ignoranz der beste Weg wäre, die SVP in ihrer Hetzjagd zu unterbinden. Doch ich erlaube mir hier ein entschiedenes NEIN! Wenn die Gegenpartei uns auch immer wieder Steine in unseren politischen Weg legt, wir müssen bei ihren unmenschlichen Themen mitreden und dagegen halten. Wenn diese Gruppe es schafft, unethische, diskriminierende Initiativen tatsächlich vors Volk zu bringen, müssen wir uns laut in die Diskussion einmischen, müssen zeigen, dass wir uns ungebremst immer und immer wieder für eine faire und nachhaltige Schweiz einsetzen. Steter Tropfen höhlt den Stein! Lassen wir mit unserem Einsatz für die Gleichberechtigung aller Menschen vor dem Gesetz unsere Gegner mit unserer Hartnäckigkeit auf Granit beißen. Egal welche Position ihr im Anschluss an die Vorträge von Cédric Wermuth und Bea Heim einnehmt, wichtig ist, dass ihr Euch verlaublich lasst, dass ihr zeigt, dass die SP etwas zu sagen hat und sogar mit Meinungsverschiedenheiten umzugehen weiss! Zeigen wir, dass wir nie aufgeben uns für die Rechtsgleichheit einzusetzen, dass wir Genossinnen und Genossen gesamtschweizerisch mit einem grossen Selbstvertrauen da stehen und uns auf die bevorstehenden Wahlen 011 freuen!

Innerhalb unseres Kantons haben wir mit der Prämienverbilligungsinitiative ein perfektes Thema um zu zeigen, dass wir Solothurnischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für eine Gleichbehandlung aller einsetzen. Besonders für den Mittelstand, junge Familien, Rentnerinnen und Alleinerziehende wird es immer schwieriger mit ihren finanziellen Mitteln den Lebensalltag zu bestreiten! Erneut steigen die Krankenkassenprämien und wird besonders den Mittelstand in seinen finanziellen Mitteln

Kantonaler Parteitag

beschneiden, da dieser heute viel zu wenig von der Prämienverbilligung profitiert. Die Politik der bürgerlichen Parteien spart am falschen Ort: Den Großaktionären werden ungerechterweise Steuergeschenke gemacht, während der Mittelstand, Familien und junge Menschen ausgequetscht werden! Der Auftrag des Krankenversicherungsgesetz ist klar: Niemand sollte wegen der Krankenkassenprämien in finanzielle Not gelangen. Und niemand sollte mehr als einen Monatslohn für Krankenkassenprämien ausgeben. Der Kanton Solothurn hat sich bei den Prämienverbilligungen bis heute nicht für die Maximallösung entschieden und dümpelt im kantonalen Vergleich im hintersten Drittel hinten drein. Die Solothurner Stimmbevölkerung hat diesen Sparkurs mitgetragen, weil die Kassen des Kantons leer waren. Jetzt sind die Finanzen ausgeglichen und es gibt keine Ausreden mehr. Der Kanton hätte laut KVG die gesetzliche Möglichkeit, weit mehr Gelder für die Prämienverbilligung auszuschütten. Das muss endlich erfolgen! Die Zeit ist reif für unser Prämienverbilligungsbegehren. Wir fordern, dass der Kanton Solothurn die beim Bund bereitliegenden Gelder für unsere Bevölkerung: den Mittelstand, die Familien, für Alleinerziehende, für Rentnerinnen und Rentner voll beansprucht und an Sie weitergibt. Das ist eine nachhaltige Investition in die Zukunft, für die Bevölkerung und für den Kanton Solothurn. Damit schaffen wir zudem einen Standortvorteil unter den und werden für den Mittelstand interessant. Es gibt Kantone, die haben es mit degressiven Steuersätzen versucht, wir sind für den legalen Weg und setzen uns für nachhaltige Lösungen ein. Die heutige Praxis des Kantons Solothurn ist diesbezüglich ungenügend. Da der Kanton seinen Beitrag de facto immer auf das gesetzliche Minimum kürzte. Somit profitierten von den Prämienverbilligungen nur die ganz tiefen Einkommen. Doch eine grosse finanzielle Belastung besteht heute eben auch bei den mittleren Einkommen, auch deren Kaufkraft gilt es zu stärken. Der Kanton hat hier die Chance es mit einer fairen attraktiven Prämienverbilligung zu richten.

Darum, liebe Genossinnen und Genossen, machen wir nicht die Faust im Sack, sondern stehen wir auf die Straße und somit ein für einen gesunden attraktiven Kanton. Es gibt einige Menschen im Kanton, die Bedürfnisse haben. Von sich aus kommen sie selten zu uns. Gehen wir im Abstimmungskampf für gesunde Prämien auf die Strassen, sprechen wir die Menschen direkt und offen, freundlich und zustimmend an. Meine Erfahrung zeigt, dass wir die Aufmerksamkeit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht nur mit Statements unserer politisch aktiven Bundes-, Kantons- und Gemeindeparlamentarierinnen in der Zeitung und im Fernsehen erlangen, sondern dass Du und Er und Sie und Ich aus der Basis an Standaktionen, am Stammtisch und in Vereinen, mit einem freundlichen Lächeln, mit echter Debattierlust und geistreichem Witz viel mehr dazu beitragen, dass man uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unweigerlich positiv wahr nimmt. Die SP muss auf die Menschen zugehen, dann ist sie „bi de Lüt“. So können wir mit klaren Worten, abgesteckten Fronten und mit ansteckendem Humor zeigen, dass wir die „SP vo de Lüt“ sind. Anna Rüefli wird uns anschliessend für den Abstimmungskampf zur Prämienverbilligungsinitiative stichhaltige, logische Argumente mitgeben.

Liebe Genossinnen und Genossen, Rote Lippen sind nicht nur zum Küssen da, und erst recht nicht für bloße Lippenbekenntnisse. Lasst uns frei und unmissverständlich reden! Ich erwarte, dass wir an diesem Parteitag und draußen im Alltag mit unseren Lippen nicht bloß Emotionen durch einen Schmusekurs in konkordanter Harmonie auslösen, sondern auch durch die Formulierungen der spitzen Zunge eines Querdenkers oder die mutige Antwort einer scharfzüngigen Schnellrednerin. Wir haben 3 wichtige sozialdemokratische Anliegen vor uns, geben wir uns lustvoll in die Debatten ein und zeigen, dass wir mit unseren Positionen gut dastehen und in der Tat für die unsozialen Aktionen der Gegner immer und immer wieder ein rotes Tuch sein werden.

Der Parteitag ist eröffnet!

Kantonaler Parteitag

2. Bestellung Stimmzählerinnen, Stimmzähler

Die vorgeschlagene Stimmzählerinnen und die Stimmzähler werden ohne Gegenstimme gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Die Geschäftsliste wird stillschweigend genehmigt.

4. Genehmigung der Parteitags-Protokolle vom 22. April 2010

Das Protokoll vom 19. August 2010 in Grenchen wird diskussionslos genehmigt und verdankt.

5. Initiative der SP zur Prämienverbilligung im Kanton Solothurn

Referat von Anna Rüefli, Kantonsrätin aus Solothurn, Mitglied des Initiativkomitees und der Sozial- und Gesundheitskommission

Franziska Roth erteilt Anna Rüefli das Wort

Liebe Genossinnen und Genossen

Bei den Zahlen, die jetzt kommen, da verschlägt es einem nur noch die Sprache:

10.2%, 12.2%, 15.7%

Ich rede vom Anstieg der Durchschnittskrankenkassenprämien im Kanton Solothurn fürs Jahr 2010 und zwar aufgeschlüsselt nach den Prämien für Erwachsene, die über 10% gestiegen sind, die für Kinder, die über 12% gestiegen sind und die für junge Erwachsene, die krasse 15.7% gestiegen sind. Und der Prämienanstieg fürs nächste Jahr ist nur unwesentlich moderater mit 7.5% für Erwachsene, über 10% für Kinder und über 13% für junge Erwachsene...

Jetzt kann man mir natürlich den Vorwurf machen, dass die kurzfristige Prämienentwicklung nicht viel Aussage. Darum habe ich das Prämienwachstum im Kanton Solothurn über die letzten zehn Jahre angeschaut. Vergleicht man die kantonalen Durchschnittsprämien von 2001 mit denjenigen von 2011, dann stellt man fest:

- Die Prämien der Erwachsenen und der Kinder sind in diesem Zeitraum um fast 70% gestiegen und diejenigen der jungen Erwachsenen sogar um ganze 126%, sie haben sich also mehr als verdoppelt – und das in nur 10 Jahren!

Und was ist mit den Löhnen passiert in dieser Zeit?

- Wir haben nicht einmal 5% Reallohnwachstum gehabt.
- 70% Anstieg der Krankenkassenprämien – 5% Anstieg der Löhne.

Ihr habt es gemerkt – Der vielen Zahlen kurzer Sinn – ohne eine wirksame Prämienverbilligung im Kanton Solothurn verlieren ganz viele Haushalte, Familien, junge Erwachsene, Rentnerinnen und Alleinstehende Jahr für Jahr massiv an Kaufkraft, weil die Prämien wesentlich stärker steigen als die Löhne. Die Belastung durch die unsozialen Kopfprämien hat für untere und mittlere Einkommen die Schmerzgrenze längstens erreicht. Und trotzdem verbilligt der Kanton Solothurn die Krankenkassenprämien nur ungenügend und federt die aktuelle Prämienexplosion – anders als andere Kantone – überhaupt nicht ab.

Darum braucht es unsere Prämienverbilligungsinitiative heute mehr denn je! Unsere Initiative verlangt, dass die Prämienverbilligung im Kanton so festgelegt wird, dass der Kantonsbeitrag nicht mehr nur 80% vom Bundesbeitrag beträgt – wie das heute der Fall ist – sondern 120% vom Bundesbeitrag. Wir wollen mit dem zusätzlichen Geld einerseits die Prämienverbilligung für die heute schon Anspruchsberechtigten erhöhen und andererseits den Bezügerkreis erweitern, um auch Mittelstandsfamilien gezielter entlasten zu können.

Kantonaler Parteitag

Jetzt, warum ist das Prämienverbilligungsmodell, das der Kanton Solothurn heute praktiziert, ungenügend?

1) Es ist ungenügend, weil der Kanton Solothurn die sozialpolitische Zielsetzung des Bundesrats – der ja nicht als besonders sozialistisches Gremium bekannt ist – klar verfehlt. Nach dieser Zielsetzung sollte die Prämienbelastung eines Haushalts nämlich 8% seines Haushaltseinkommens nicht übersteigen. Oder anders gesagt, sollte ein Haushalt nicht viel mehr als ein Monatseinkommen für die Krankenkassenprämien aufwenden müssen.

Dass der Kanton Solothurn diese sozialpolitische Zielsetzung heute verfehlt, zeige ich euch anhand eines Beispiels:

- 2010 hat eine 4-köpfige Familie bestehend aus 2 Erwachsenen, 1 Kind und 1 jungen Erwachsenen durchschnittlich 11'000 Fr. Krankenkassenprämien zahlen müssen. Bei einem Einkommen von 60'000 Fr. hat die Familie eine Prämienverbilligung von 4'300 Fr. bekommen, d.h. von diesen 11'000 Fr. hat sie immer noch 6'700 Fr. selber zahlen müssen. Bei einem Einkommen von 60'000 Fr. entsprechen die 6'700 Fr. Krankenkassenprämien einem Eigenanteil von über 11% und liegen somit deutlich über der sozialpolitischen Zielsetzung des Bundes von 8%.
- Unsere Initiative braucht es also, um dem sozialpolitischen Ziel wieder näher zu kommen.

2) Unsere Initiative braucht es aber auch, weil das Solothurner Modell auf der ganzen Linie ein Minimalmodell ist:

- Einerseits ist es ein Minimalmodell, weil der eigene Beitrag, den der Kanton Solothurn an die Prämienverbilligung beisteuert, wie gesagt nur gerade 80% von dem beträgt, was uns der Bund an Mitteln zur Prämienverbilligung zur Verfügung stellt. Im interkantonalen Vergleich steht der Kanton Solothurn mit dem Anteil ziemlich schlecht da. Er kommt nämlich erst an 17. Stelle. Und vor uns liegen nicht nur Kantone mit generell höheren Prämien wie BS, VD und GE, vor uns sind auch Kantone mit tieferen Durchschnittsprämien als der Kanton Solothurn, wie z.B. FR, OW und ZG. Ausserdem würde der Kanton Solothurn mit der Annahme der Initiative nicht etwa auf einen schweizerischen Podestplatz vorstossen, sondern wäre nur auf Platz 7 – aber immerhin!
- Der Minimalcharakter des Solothurner Modells zeigt sich auch daran, dass sich das Solothurner Modell für die Prämienverbilligung nicht an den tatsächlichen kantonalen Durchschnittsprämien orientiert, wie das sozialpolitisch wünschenswert wäre, sondern an politisch festgelegten, viel tieferen Richtprämien, die sich immer weiter von den Durchschnittsprämien entfernen. Wir wollen, dass künftig mit Durchschnittsprämien gerechnet wird, wie das bei den Ergänzungsleistungen heute schon der Fall ist.

3) Denn möchte kurz noch etwas zum Thema Selbstverantwortung sagen.

- Das war nämlich der Grund, warum die bürgerliche Mehrheit in den vorberatenden Kommissionen, in der Sozial- und Gesundheitskommission und in der Finanzkommission, sowohl unsere Initiative als auch den sehr zurückhaltend formulierten Gegenvorschlag des RR, der einzig die aktuelle Prämienexplosion abfedern will, abgelehnt haben. Die Familien im Kanton sollen wieder mehr Verantwortung für sich selber übernehmen und die Prämienexplosion aus dem eigenen Sack bezahlen, hat es geheissen.
- Offenbar wurde vergessen, dass die Krankenkassenprämien nur einen kleinen Teil der Gesundheitsausgaben einer Familie ausmachen. Die Eigenverantwortung im Gesundheitswesen zeigt sich neben den Prämien beim Zahlen der Franchise und des Selbstbehalts, beim Tragen der Kosten für allfällige präventive Behandlungen und nicht übernommenen Medikamenten, und nicht zuletzt in der Form von massiven

Kantonaler Parteitag

Zahnarztrechnungen, die die Krankenkasse ja auch nicht übernimmt. Nach all diesen Gesundheitsausgaben ist bei vielen Familien Ende Monat eben nicht mehr genug Geld für noch mehr Eigenverantwortung vorhanden.

Unsere Initiative wird vom Kantonsrat nächste Woche in der Novembersession behandelt. So wie es jetzt aussieht, kommt sie am 13. Februar 2011 zur Abstimmung. Wir müssen in den nächsten 3.5 Monaten also alles daran setzen, dass mir bei der Abstimmung mindestens 1% mehr Zustimmung haben als 1999, als unsere letzte Prämienverbilligungsinitiative vors Volk gekommen ist. Damals haben nämlich 49.5% der Solothurner Stimmbevölkerung Ja gesagt zu einer besseren Prämienverbilligung. Und mit der aktuellen Prämienentwicklung ist eine wirksame Verbilligung heute dringender denn je. Prämien runter, damit unbezahlbare Prämien wieder bezahlbar werden. In diesem Sinn erkläre ich unseren Abstimmungskampf für eröffnet.

Franziska Roth bedankt sich bei Anna Rüefli für ihre Präsentation und bietet den Anwesenden an, zum Thema Fragen zu stellen.

Diskussion: kein Wortbegehren.

Anna Rüefli erhält eine Flasche Wein und die Anwesenden bedanken sich mit Applaus.

6. Ausschaffungsinitiative der SVP und Gegenvorschlag des Parlaments **Referat von Bea Heim, Nationalrätin aus Starrkirch-Will und Befürworterin des Gegenvorschlags und Gegnerin der Initiative**

Franziska Roth erteilt Bea Heim das Wort

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Diese Ausschaffungsinitiative müssen wir bodigen. Sie ist menschenverachtend, absolut fremdenfeindlich. Sie ist eine Bedrohung für den schweizerischen Rechtsstaat, führt in die Willkür und steht im Konflikt mit Verfassung und Völkerrecht. - Eine Annahme wäre für die Migrantinnen und Migranten in unserem Land eine Katastrophe.

Unser oberstes Ziel muss deshalb sein, diese Initiative zu bodigen. - Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass 2 Umfragen auf eine deutliche Annahme der Initiative hinweisen.

58% der befragten Personen wollen ein Ja einlegen. Die Zahl der Unentschlossenen klein. Und - über 35% selbst unserer Wählerschaft will JA stimmen. Alarmierend! - Bei der Minarett-Initiative trauten sich viele Leute nicht, zu sagen wie sie abstimmen werden. Auch dieses Mal könnte es so sein!

Das Thema Kriminalität sorgt für enorme Emotionen, für die Sündenbockpolitik der Rechten ein gefundenes Fressen. Das Gerede von der importierten Kriminalität hat sich in den Köpfen festgesetzt, in ganz Europa und auch in der Schweiz. Darum ist zu befürchten, dass die Annahme dieser widerwärtigen Initiative kaum mehr zu verhindern ist. Wer für unsere Grundwerte einsteht, für Menschenrechte und Solidarität darf davor die Augen nicht verschliessen. -

Die Initiative will den automatischen Rauschmiss von Ausländern die sich was zuschulden kommen lassen - automatisch raus, egal wie schwer die Tat wiegt. Sie listet wild und willkürlich eine Auswahl an Delikten auf, von vorsätzlicher Tötung bis zum Einbruch oder zum unberechtigten Bezug von Sozialleistungen. - Schwere Wirtschaftsverbrecher und Raser lässt sie ungeschoren. - Dafür soll der kleine Ladendieb ausgeschafft werden. Der Initiative geht es nicht um die Ausschaffung von Mördern und Vergewaltigern. Das geschieht heute schon. Sie will die Ausschaffung für Bagatellen. Sie zielt auf die Kleinen, auf die Sekunda etwa, die alleinerziehend und darum auf Sozialhilfe angewiesen ist. Macht sie einen Fehler,

Kantonaler Parteitag

gibt sie etwas nicht oder unvollständig an, soll sie nach SVP-Manier mit ihren Kindern das Land verlassen, ohne wenn und aber.

Dieser Automatismus, die automatische Wegweisung des Ausländers, der sich was zuschulden kommen lässt - unabhängig von der Schwere der Tat und den Umständen, dieser Strafautomatismus bedroht die Grundprinzipien unseres Rechtsstaates. – Die Initiative goutiert sich zudem um das Völkerrecht. Sie verletzt die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und stellt die bilateralen Verträge mit der EU in Frage. Dass die *economie suisse* das nicht realisiert, ja der SVP auf den Leim geht, lässt tief blicken.

Wie lässt sich die Annahme oder das Obsiegen der Initiative verhindern? Mit der SP-Parole des doppelten Nein? - Wohl kaum! Wer dieser Parole folgt, schwächt die Chance des Gegenvorschlags und hilft damit der Initiative zum Durchbruch. Selbstverständlich müssen wir zu unseren Grundwerten stehen! – Aber bitte so, dass sie auch tatsächlich zum Tragen kommen und nicht reine Deklamation bleiben. Wenn wir verlieren, steht ein menschenrechtswidriger Passus in der Verfassung. Spätere Generationen werden uns fragen, warum nur habt ihr das nicht verhindert. Wir werden eine Radikalisierung erleben vor der mir graut.

Will die SP allen Ernstes in Schönheit und fundamentalistischer Reinheit untergehen, dafür aber tausende von Migrantinnen und Migranten der politischen Willkür ausliefern? – Ich meine, etwas Mut

zum Pragmatismus, zum Gegenvorschlag wäre klüger. Und zwar nicht erst beim Stichentscheid. Wer die Initiative verhindern will, muss den Gegenvorschlag unterstützen, nur dann wird das JA beim Stichentscheid das Schlimmste verhindern. Damit es überhaupt zum Stichentscheid kommt braucht der Gegenvorschlag das Volks- und Ständemehr. **Darum braucht es ein JA zum Gegenvorschlag:** Ein Volks- und Ständemehr für den Notnagel Gegenvorschlag und dann dessen Sieg in der Stichfrage.

Mit dem doppelten SP-Nein jedoch ist der Scherbenhaufen, die Annahme der Initiative praktisch vorprogrammiert.

Erreichen Gegenvorschlag und Initiative das Stände- und Volksmehr, das doppelte JA macht's möglich, gewinnt der Gegenvorschlag wenn er insgesamt mehr Volks- und Ständestimmen auf sich vereint als die Initiative. **Dafür braucht es das JA beim Stichentscheid.**

Das allerwichtigste also, um die Initiative zu bodigen, ist dass der Gegenvorschlag das Volks- und Ständemehr erreicht, sonst nützen alle JA-Stimmen zum Stichentscheid nichts mehr.

Ist der Gegenvorschlag das Gleiche wie die Initiative, nur einfach völkerrechtskonform?

Der Gegenvorschlag hat zwei Ziele: Er soll verhindern, dass die Initiative angenommen wird und er will das Engagement von Bund und Kantonen in der Integrationspolitik in der Verfassung verankern.

Klar, ohne die Initiative hätte die SP-Fraktion den Gegenvorschlag nie und nimmer auf die politische Agenda gesetzt. Das Ausländergesetz genügt vollauf. Es besteht kein Handlungsbedarf. - Schwierigkeiten bestehen höchstens im Vollzug, aber nicht wegen mangelnder rechtlicher Grundlagen, sondern weil es Staaten gibt, die ihre delinquierenden Bürger nicht zurücknehmen. Dieses Problem löst aber weder die Initiative noch der Gegenvorschlag.

Ist der Gegenvorschlag „fast das Gleiche“ wie die Initiative? Nein! Er verhindert, dass AusländerInnen, die in der Schweiz geboren wurden, hier zuhause sind, seit Jahren mit uns leben, automatisch und wegen jeder Bagatelle ausgeschafft werden. Das Gericht soll wie bei Schweizern auch, den Einzelfall beurteilen. Es soll prüfen, handelt es sich um einen

Kantonaler Parteitag

einmaligen Ausrutscher, bestehen Chancen zur Resozialisierung, wie ist die Familiensituation, wären Kinder von der Wegweisung mit betroffen, usw., d.h. es muss die EMRK berücksichtigt - und die Strafe muss sich an der Schwere der Tat bemessen. Der Gegenvorschlag verhindert den „Automatischen Rauschmiss“. Er verankert explizit das Verhältnismässigkeitsprinzip und die Einzelfallbeurteilung. Der Entscheid Wegweisung ja oder nein, hat sich am Strafmass zu messen. Das unterscheidet den Gegenvorschlag von der Initiative.

Konkret: mit dem Gegenvorschlag kommt es zu Wegweisungen für Taten, auf die eine Gefängnisstrafe von einem Jahr oder mehr steht. Das sind Mord, vorsätzliche Tötung, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung, Geiselnahme, Menschenhandel, qualifizierter Raub oder schwere Drogendelikte.

Bei Betrug, auch im Bereich der Sozialversicherungen wird bei einem Urteil zu einer Gefängnisstrafe von mind. 18 Monaten eine Ausschaffung erwogen – bei anderen Taten wenn das Urteil auf mindestens 2 Jahre lautet.

Es macht also einen riesen Unterschied ob die Initiative oder der Gegenvorschlag angenommen werden. Nur für Mörder und Vergewaltiger ändert sich nichts. Sie werden schon heute weggewiesen. Dies wird auch in Zukunft so sein, unabhängig vom Abstimmungsresultat. - Aber für die hier geborene Seconda, alleinerziehend und auf Sozialhilfe angewiesen, die vielleicht etwas nicht angegeben hat, den neuen Untermieter z.B., spielt es sehr wohl eine Rolle. Mit der Initiative wird sie mit samt den eingeschulten Kindern weggewiesen. Mit dem Gegenvorschlag aber muss sie einfach die zu viel bezogenen Gelder zurückerstatten und eine Busse zahlen.

Der Gegenvorschlag ist nicht das Gleiche wie die Initiative, entscheidend ist der explizite Vorbehalt von Völkerrecht, Verfassung und des Verhältnismässigkeitsprinzips.

Integration als positiver Aspekt

Der Gegenvorschlag bringt, dank der SP, mit dem Integrationsartikel einen echten Mehrwert. Er verpflichtet Bund und Kantone zu einer aktiven Integrationspolitik. - Heute sind die Kantone für die Integration verantwortlich. Einige machen viel, in anderen geht herzlich wenig. Ich meine, das gute Zusammenleben in diesem Land, ist zu wichtig, als dass die Integration weiterhin dem Kantönligeist überlassen werden sollte. Der neue Integrationsartikel in der Verfassung legt die Grundlage dafür, dass sich der Bund strategisch und finanziell in der Integrationspolitik engagieren muss, etwas was die SP schon lange fordert. Er ist weit griffiger als jener im Ausländergesetz und gibt unserer neuen Bundesrätin die Möglichkeit, die Integration schweizweit durchzusetzen. Integration ist Prävention. Wer integriert ist, verübt weniger Delikte und muss auch nicht ausgewiesen werden.

Zusammenfassung

In der Repression geht der Gegenvorschlag nicht über den Status quo hinaus. Er verhindert den blinden Rauschmiss und bringt uns im Bereich Integration einen entscheidenden Schritt weiter.

Ich bitte euch, liebe GenossInnen, zusammen mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, den Gegenvorschlag zu unterstützen. Nur so schaffen wir es, die katastrophale Initiative zu bodigen. - Wir wollen die brandgefährliche SVP-Initiative verhindern, weil sie menschenrechtswidrig ist, die bilateralen Verträge mit der EU in Frage stellt und zur automatischen Ausschaffungen sogar bei Bagatelldelikten führt, während grosse Wirtschaftsverbrechen und Raser geschont werden.

Der Gegenvorschlag ist die einzige Waffe um die Initiative zu verhindern. Die SP hat sie geschmiedet. Wer sie nicht einsetzt, macht sich zum Steigbügelhalter der Initiative und des SVP-Vormarsches dazu.

Kantonaler Parteitag

Franziska Roth bedankt sich bei Bea Heim und erteilt Cédric Wermuth das Wort

Referat von Cédric Wermuth, Vizepräsident der SP Schweiz und Gegner des Gegenvorschlags, wie auch der Initiative

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Herzlichen Dank für die Einladung, für mich ist Dornach eine Premiere und habe mich daher besonders gefreut hierher zu kommen. Ich möchte die mir vorgegebene Zeit unterbieten und lieber länger diskutieren dürfen. Wir können stolz sein in einer Partei Mitglieder zu sein, in der harte Diskussionen noch möglich sind und basisdemokratische Entscheide gefällt werden. Möchte noch kurz vom eigentliche Thema abkommen und mitteilen, dass soeben bekannt ist, dass die 1. 12 – Initiative zustande gekommen ist und im Frühling eingereicht werde.

Grosser Applaus.

In der Diskussion über den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative der SVP kommt zum Vorschein, warum die SP europaweit in der Krise steckt. Das Vertrauen der Bevölkerung haben wir teilweise verloren, weil wir vergessen haben woher wir kommen und für was wir stehen, nämlich für „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“. In dieser Diskussion geht es eigentlich um diese Werte. Wir müssen uns fragen, wollen wir miteinander die Probleme lösen, oder Trennen, Spalten und die Augen verschliessen. Alle die behaupten, ein taktisches JA zum Gegenvorschlag sei der richtige Weg, liegen falsch. Genau so verschliessen wir uns gegen die wirklichen Probleme in unserem Land. Die SVP hat es geschafft alles, aber wirklich alles einfach auf die Anderen abzuschieben. Das eigentliche Problem bei der Kriminalität liegt nicht bei den Kriminellen, sondern bei den bürgerlichen Parteien, denn mit einem JA zum Gegenvorschlag spielen sie der SVP in die Hände und machen deren Politik verfassungskonform. Klar haben wir Probleme mit der Kriminalität, aber mit dem Gegenvorschlag packen wir das Problem nicht bei der Wurzel, sondern betreiben Symptombekämpfung. Im Kanton Neuenburg zB. Liegt ist die Kriminalität höher als in Glarus und doch ist die Bevölkerung viel offener gegenüber Fremden als auf dem Land. Wir müssen die Verhältnismässigkeit wahren und viel mehr in die Integration, die Bildung und in das Miteinander investieren, als zunehmend zu trennen. Darum sind die Überlegungen aus taktischen Gründen nicht richtig. Wenn ihr also zu beiden Vorlagen Nein sagt, wie dies am Parteitag in Lausanne geschehen ist, dann ist dies konsequent, dann können wir auch wieder kämpfen und fundamentalen Forderungen widerstehen. Alle Organisationen im Zusammenhang mit Migration, das Arbeiterhilfswerk und viele mehr sagen 2xNein und mir widerstrebt es zutiefst diese Organisationen aus taktischen Gründen zu übergehen. Ich bitte euch zur Initiative, wie zum Gegenvorschlag Nein zu sagen.

Franziska Roth bedankt sich bei Cédric Wermuth und eröffnet die Diskussion.

Diskussion:

Tvrtko Brzovic

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Es ist an der Zeit Nein zu sagen, aus meiner Sicht muss es ein deutliches und zweifaches Nein sein. Wir müssen ein klares Zeichen gegen die stigmatisierende und diskriminierende Politik von gewissen Kreisen setzen. Es darf nicht sein, dass wir in der Schweiz vor dem Richter eine zwei- oder gar eine drei-Klassengesellschaft einsetzen. In der Bundesverfassung ist verankert. Dass alle Menschen, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher Religion, gleich sind und das sollen sie auch bleiben. Der Gegenvorschlag mag zwar völkerrechtlich konform sein, jedoch bekämpft er nicht die Ursachen, sondern nur die

Kantonaler Parteitag

Folgen. Er ist nur eine Reaktion auf die hetzerische Kampagne und Initiative der SVP und er darf nicht die sozialdemokratische Antwort darauf sein. Der darin enthaltene Integrationsartikel ist eine Farce, weil der Gegenvorschlag mit der neuen Gesetzgebung zunächst separierend wirkt. Nehmen wir die Thematik auf, versuchen wir dies zu unserem Thema zu machen und überlassen wir dies nicht dem gegnerischen Lager. Wir sind fähig konstruktive Lösungen zu finden, wir müssen nur den Mut haben aktiv zu sein und den populistischen Tönen Paroli zu bieten.

Roberto Zanetti

Der Gegenvorschlag entspricht der gültigen Rechtsprechung des Bundesgerichts. Ob gültige Gesetze in der Verfassung auch noch festgeschrieben werden sollen, ist fragwürdig. Mit dem Gegenvorschlag erhalten wir einen Integrationsartikel zum Nulltarif und er regelt nochmals, die heutige Rechtsprechung. Ich habe grossen Respekt vor unseren Grundrechten und den darin enthaltenen Zielen, Cédric, aber für uns ist es gelegentlich an der Front auch unromantisch und wir müssen uns auch übergeordneten Werten des Tagesgeschehen annehmen. Die aktuellen Zahlen bezüglich der Kriminalität zeigen auf, dass viel passiert, aber nur wenige merken es und deshalb lastet auf uns ein grosser Druck. Aus diesem Grund brauchen wir ein Instrument wie etwa ein Ablassventil oder eines wie der Gegenvorschlag. Alle Umfragen sprechen für die Initiative, den Gegenvorschlag unterstützen wir in erster Linie, damit die Initiative abgewendet werden kann. Wenn diese angenommen wird, haben wir unter anderem ein internes Problem. Wenn der Initiativtext aus verschiedenster Gründen nicht umgesetzt werden kann, kommt die SVP und moniert, es werde nichts gemacht, der Volkswille werde nicht respektiert und kann weiter Gas geben und auf Polemik machen. Ich unterstütze den Gegenvorschlag aber nicht nur aus taktischen Gründen, sondern stehe auch inhaltlich dahinter. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Rechtsprechung angepasst werden muss. Ganz sicher darf aber die Stichfrage nicht offen gelassen werden, wie dies einige Grüne wollen. Damit wird der Initiative ganz sicher in die Hand gespielt. Ich plädiere ganz klar dafür, die Initiative abzulehnen, dem Gegenvorschlag zuzustimmen und bei der Stichfrage beim Gegenvorschlag das Kreuz zu machen.

Hanspeter Koch

Roberto, du warst früher noch revolutionärer, du bist halt älter geworden und hast wohl etwas Angst bekommen. Ein Ja zum Gegenvorschlag hat mit Angst zu tun und Angst ist ein schlechter Ratgeber. Die SP orientiert sich an den Grundsätzen Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und Solidarität. Halten wir uns daran und driften nicht immer weiter nach rechts und nicht immer mehr gegen Ausländer. Ich habe vor einem Jahr in Lostorf ein SVP-Plakat mit schwarzer Farbe besprüht, haben wir also Mut, bleiben uns treu und stimmen 2x Nein.

Peter Gomm

Der Gegenvorschlag ist kein Feiglingsartikel oder eine aus Angst heraus entstandene Vorlage, sie enthält alle 3 Grundsätze der französischen Revolution. Die Vorlage ist nicht fremdenfeindlich, entspricht der heutigen Praxis, rechtstaatlich korrekt und entspricht unseren Grundsätzen: Es werden darin weiterhin nur schwere Fälle zu einer Ausschaffung führen und keine Bagatellfälle. Wir müssen den Trend brechen, denn die Initiative ist nicht umsetzbar, der Gegenvorschlag aber sehr wohl. Die Initiative ist völkerrechtswidrig, als zuständiger Direktor kann und will ich diese nicht umsetzen.

Han van der Kleij

Ich bin auch Ausländer und fühle mich nicht schlecht, wenn ich den Gegenvorschlag unterstütze. Verbrecher, ob Schweizer oder Ausländer müssen mit Konsequenzen rechnen und diese müssen klar definiert sein und internationalen Abkommen entsprechen. Wie sollen wir das unseren Kindern erklären? Mein Herz sagt auch 2x Nein, aber der Kopf ein Ja

Kantonaler Parteitag

zum Gegenvorschlag. Lesen wir die Zeitungen, führen wir Gespräche im Dorf oder am Stammtisch, es tönt immer gleich: zugunsten Täter und zulasten Opfer.

Werner Sauser

2xNein ist keine Meinung, die Jungen verstehen das nicht und auch SP-Wählerinnen und Wähler denken nicht alle gleich. Es geht einfach nicht mehr, dass die SP bei wichtigen Themen, die die Bevölkerung beunruhigt auch weiterhin einfach schweigt.

Urs Huber

Über was reden wir? Umfragen kann man längst nicht immer Glauben schenken. Wir müssen die Menschen selber überzeugen und ihnen weis machen, dass 2x Nein Luxus ist. Wir müssen endlich zu brennenden Themen Antworten aufzeigen, der Gegenvorschlag ist eine davon. Bitte um Zustimmung zum Gegenvorschlag und die Initiative abzulehnen.

Susanne Schaffner

Ich war an der FDP-Versammlung als Referentin, da war zu hören es geben schlechte Richter und ebensolche Urteile – der Respekt vor unseren Richter ist selbst in gehobener Gesellschaft nicht mehr vorhanden. Der Gegenvorschlag ist das was wir rechtstaatlich einsetzen können und müssen, er bietet uns die letzte Gelegenheit das Ruder noch drehen zu können uns allenfalls auch noch zu steuern. Die Vorlage gewährleistet eine Einheit über alle Kantone hinweg. Auch wenn die Emotionen hoch sind, ich möchte weiterhin für unseren Rechtsstaat eintreten können.

Rudolf Hartmann

Cédric hat uns ja ein sehr gutes, überzeugendes und emotionales Referat vorgetragen, dennoch bitte ich die Delegierten den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Roberto Zanetti

Zeigt einige Beispiele auf warum der Gegenvorschlag realistisch und rechtstaatlich und warum die Initiative dies eben nicht ist. So sind in der Initiative Wirtschaftsdelikte zB nicht enthalten, im Gegenvorschlag hingegen sehr wohl oder jemand gibt einen Loggewinn nicht an, ist aber Bezüger von Ergänzungsleistungen, ginge es nach der Initiative muss die Person ausgeschafft werden, fertig.

Hanspeter Koch

Singt nach den Voten für den Gegenvorschlag ein ehemaliges Protestlied von jungen Genossen gegen die vor Jahrzehnten als zu brav und angepasst empfundene SPD und wirbt damit für ein 2xNein

Cédric Wermuth

Genau das Taktieren hat die SP dahin gebracht wo wir heute sind. Warum wollen mit Tricks zum Ziel kommen? Reden wir doch von Wahrheiten und nicht von Lösungen die keine sind. Mit Ausschaffungen habe ich kein Problem, in meinem Kanton dem Aargau, ist die Praxis streng. Der Integrationsartikel wird keine Verbesserungen bringen, was darin festgehalten wird, ist schon heute möglich, das sagen selbst die Bürgerlichen, aber Teile der SP haben dies nicht bemerkt. Also, wir müssen weiterhin kämpfen, auch dagegen, dass nicht gleich jedes Mal, wenn aus Angst vor der SVP ein Gesetz gemacht wird, dieses auch noch aktiv unterstützen. Die Vorlagen sind in meinen Augen schlimm, damit sollen gesellschaftliche Probleme gelöst werden – ein Irrtum. Aus den Augen, aus dem Sinn ist keine Antwort und schon gar nicht von der SP.

Franziska Roth unterbricht die Diskussion und bittet die Anwesenden um eine Empfehlung an die Solothurner Delegierten für den SPS-Parteitag in Lausanne, der am kommenden Wochenende die Parole fassen wird.

Kantonaler Parteitag

Abstimmungsempfehlung: Antrag GL Mehrheitlich JA zum Gegenvorschlag und einstimmig NEIN zur Ausschaffungs-Initiative

Die Delegierten sprechen sich einstimmig gegen die Initiative aus und unterstützen den Gegenvorschlag mit 46 JA gegen 22 NEIN und 1 Enthaltung

Franziska Roth bedankt sich bei Bea Heim und Cédric Wermuth für ihre Referate und überreicht ihnen eine Flasche Wein. Applaus.

7. Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Schweiz

Referat von Susanne Schaffner, Kantonsrätin aus Olten und Präsidentin der Finanzkommission

Franziska Roth erteilt Susanne Schaffner das Wort, anhand einer **PP-Präsentation** erläutert sie die Initiative für mehr Gerechtigkeit im Steuerwettbewerb.

Die Präsentation liegt dem Originalprotokoll bei.

Diskussion: kein Wortbegehren

Abstimmung: Antrag GL Einstimmig JA zur Initiative

Die Delegierten sprechen sich einstimmig für ein JA zur Initiative für Gerechte Steuern aus.

Franziska Roth bedankt sich bei Susanne Schaffner und überreicht ihr eine Flasche Wein. Applaus.

8. Varia

Kein Wortbegehren

Franziska Roth bedankt sich für die angeregten Diskussionen, die zahlreich erschienen Delegierten und Gäste und wünscht allen eine gute Heimreise. Am 13. Januar findet der nächste Parteitag in Balsthal statt.

Ende der Versammlung: 21.45 Uhr.

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 30. November 2010